



SED-Chef Honecker bei seiner Dresdner Rede zur Wirtschaftslage: Zeichen der Schwäche im Führungskorps

vention nicht zurückschrecken würde, ließ Moskau-Kenner Herbert Wehner in der Bundestagsdebatte am vergangenen Donnerstag anklingen: „Worum es in Wirklichkeit geht, ist, den Zusammenhalt der Deutschen im geteilten Deutschland zu fördern, statt ihn aufzugeben oder seine gewaltsame Unterdrückung oder Zerstörung möglich zu machen helfen.“

Und zugleich können die Sowjets West-Berlin als Faustpfand einsetzen, mit dem sie den Westen jederzeit zur Zurückhaltung zu zwingen vermögen. Daß die Sowjets gewillt sind, dieses Druckmittel zu benutzen, ist der Bundesregierung und den Westmächten schon seit einiger Zeit klar.

Bonn und seine Alliierten vermuten, die Sowjet-Union strebe eine neue Vier-Mächte-Runde über West-Berlin an, die vom Westen stets abgelehnt wurde — weil dabei nur eine Verschlechterung des gegenwärtigen Status der Stadt herauskommen könne. Mit einer Politik des „Auf-den-Wecker-Fallens“, so die Bonner Einschätzung, versuchten die Sowjets gegenwärtig ein Verhandlungspotential aufzubauen: indem sie Bonner Politikern den Zutritt Ost-Berlins von West-Berlin aus verwehren lassen und ihre eigene Präsenz im Westteil der Stadt demonstrativ erhöhen.

So werden prominente West-Berlin-Besucher von Sowjet-Patrouillen begleitet oder gar — wie der Präsident des Europa-Parlaments, Emilio Colombo — behindert. Und selbst bei Pressekonferenzen des Regierenden Bürgermei-

sters Dietrich Stobbe fährt neuerdings ein sowjetisches Kommando vor dem Rathaus Schöneberg auf.

Der freidemokratische Deutschland-Politiker Hoppe düster: „Wir ringen derzeit um die Substanz des Vier-Mächte-Abkommens.“

DDR

Wer die Macht hat

Der wachsende Unmut im DDR-Volk und unter den SED-Kadern hat Moskau Statthalter in Ost-Berlin alarmiert. Die Sowjets drohen mit Intervention.

Mit dem im SPIEGEL abgedruckten Manifest der SED-Opposition, so klagte ein hochgestellter Genosse gegenüber westlichen Gesprächspartnern, sei es wie mit der Ölpest: „Das Zeug breitet sich immer weiter aus, und man weiß nicht, wie man's wieder wegkriegen soll.“

Da hatte der Sicherheitsapparat des Stasi-Staats gleich nach Publikation des ersten Thesen-Teils ein engmaschiges Netz gespannt, um wenigstens jedes SPIEGEL-Exemplar mit dem zweiten Teil gleich an der Grenze abzufangen. Da hatten die Propaganda-Spezialisten aus den Büros des Chefagitators Werner Lamberz über alle Massenmedien der DDR die einfältige Legende in Umlauf gesetzt, das Manifest sei nichts weiter als ein heimtückisches Elaborat aus der Hexenküche des westdeutschen BND. Da wurde den SED-Agitatoren

in der ostdeutschen Provinz eingebleut, unbequeme Frager mit dem Hinweis abzufertigen, sogar der Bonner Sozialdemokrat Herbert Wehner halte ja das Oppositionspapier für eine Provokation.

Nichts aber half. Noch immer werden Besucher aus dem Westen gefragt, ob sie nicht zufällig die Texte bei sich hätten, und inzwischen kursiert das Manifest in der DDR in vielen hundert Exemplaren — als handschriftliche Aufzeichnung, als Schreibmaschinen-Durchschlag, als Photokopie, als Tonbandmitschnitt westlicher Rundfunksendungen.

Dabei spiegelt die Abwehr-Hektik der SED-Führung nur unvollkommen wider, wie tief die Wirkung bis hinein ins gehobene Funktionärskorps in Wirklichkeit ist. Die Reaktion der Russen hingegen macht weit deutlicher, welchen Grad die Verunsicherung mittlerweile erreicht hat.

In den Bezirkshauptstädten der DDR zusammengetrommelten SED-Funktionären wurde dieser Tage von Sowjetoffizieren eingehämmert, niemals werde es Moskau erlauben, die „Errungenschaften der Oktober-Revolution“ anzutasten. Im „Bruderbund mit der Nationalen Volksarmee“ stehe die Sowjet-Streitmacht bereit, jeden Anschlag auf die herrschende Ordnung im Keim zu ersticken. Und der „Oberkommandierende der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland“, Armeegeneral Jewgenij Iwanowski, belehrte Anfang letzter Woche in Leipzig ausgewählte Kader der „Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft“,

daß die Revolution nur bewahrt werden könne, wenn sie verstehe, „sich zu verteidigen“.

Schon seit Monaten beobachten die Statthalter Moskaus in der DDR, voran Botschafter Pjotr Abrassimow, die zunehmende wirtschaftliche und innenpolitische Deformation ihres wichtigsten Bündnispartners mit wachem Mißtrauen. Berichte ihres Nachrichtendienstes, vor allem aber eigene Meinungsumfragen unter DDR-Bürgern vermitteln den Ost-Berliner Russen überdies ein offenbar recht genaues Bild vom wachsenden Unmut im DDR-Volk.

Auch das Umschlagen des Unbehagens in organisierte Opposition ist der ostdeutschen Schutzmacht nicht erst seit der Veröffentlichung des Oppositionspapiers geläufig. Bereits am 11. September letzten Jahres hatten Ein-

Mitglieder und andere Kommunisten und Demokraten“ dem neuen Bund beitreten und Parteiaktive bilden.

In einem weiteren Brief an die Staatsführung beschwerten sich die Abweichler Anfang Januar, daß die Parteioberen ihren „gemäß der Verfassung“ gestellten Antrag offenbar in den Papierkorb geworfen hätten:

Verhält es sich so, daß Sie deshalb mit uns keinen Dialog wünschen, weil Sie der Meinung sind, wir könnten Ihre Marxismus-Leninismus-Konzeption und -Interpretation ins Wanken bringen, weil wir uns mit den demokratischen Oppositionen, den Bürger- und Menschenrechtsbewegungen in der DDR, UdSSR, der Charta 77 und denjenigen in anderen osteuropäischen Ländern solidarisieren?

Verbittert stellen die Briefschreiber fest:

Wenn in der DDR Ihre „sozialistischen-kommunistischen“ Gefängnisse, Zucht-

chen Vorposten der Sowjetmacht innerlich zu stabilisieren. In der Moskauer Berlin-Residenz wird vielmehr aufmerksam registriert, wie sich die Zeichen der Schwäche im Führungskorps der ostdeutschen Bruderpartei häufen.

So konnte die SED-Spitze schon lange vor Veröffentlichung des Dissidenten-Manifests nicht mehr verbergen, in welchem Ausmaß sie sich mit ihrer West- und Wirtschaftspolitik in ein Gewirr von Widersprüchen verheddert hat. Honeckers Dresdner Rede vor 2400 Parteimitgliedern vom September 1977 ist dafür ein wichtiger, nicht aber der einzige Beleg.

In Dresden mußte der SED-Chef eingestehen, daß die DDR ihre Wirtschafts- und Sozialprogramme ohne West-Mark nicht mehr verwirklichen kann; mit der zehn Wochen später verkündeten Bestellung von 10 000 VW „Golf“ mußte er einräumen, daß die lawinenhaft anschwellenden Bedürfnisse seiner Bürger nur noch mit Bundeshilfe zu befriedigen sind; und im Bericht des Politbüros an die 7. Tagung des SED-Zentralkomitees am 24. und 25. November 1977 mußte er zugeben, wie schlimm es unterdessen auch in der eigenen Partei um sozialistische Moral und Disziplin bestellt ist.

Geradezu beschwörend liest sich der Appell der Parteispitze an die Führungsgenossen des ZK, „aktiv gegen die Verbreitung von Gerüchten und feindlichen Argumenten“ aufzutreten und „alle Diversionsversuche des Klassengegners und feindlichen Handlungen zu unterbinden“. Die „Erhöhung der Autorität der staatlichen Organe“ sei für die „Ordnung und Sicherheit im öffentlichen Leben“ ebenso unerlässlich wie die „Unterstützung unserer Volkspolizei und Sicherheitsorgane“.

Zugleich ermahnte das Politbüro die Genossen, besser auf ihre Sprößlinge aufzupassen. Nicht nur bei den Prügeleien auf dem Ost-Berliner Alexanderplatz Anfang Oktober, auch in Dresden und anderswo waren Funktionärskinder mit der Volkspolizei aneinandergeraten. Nun postulierte das oberste SED-Kollektiv: Kommunisten trügen die volle Verantwortung „für die Erziehung ihrer eigenen Kinder, aus der sie niemand entlassen kann“.

Bei so unverhülltem Eingeständnis eigener Hilflosigkeit und Unfähigkeit, so folgern Ost-Berliner Sowjetdiplomaten, sei es schließlich kein Wunder, daß die Thesen des Oppositions-Manifests landauf, landab in der DDR auf fruchtbaren Boden fielen. „Die Hauptfrage der Revolution ist und bleibt die Frage der Macht“, zitiert einer aus der Abrassimow-Mannschaft den Politbüro-Bericht an das 7. ZK-Plenum und fügt, besorgt und spöttisch zugleich, an: „Es ist erstaunlich, daß sich die Genossen noch daran erinnern. Vielleicht erinnern sie sich dann auch wieder, wer hier die Macht hat.“



Sowjet-Botschafter Abrassimow: Eigene Umfragen unter DDR-Bürgern

heitssozialisten aus Dresden dem „Staats- und Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik“ sowie zahlreichen DDR-Zeitungen schriftlich und anonym die Gründung eines „Bundes Deutscher Kommunisten“ mitgeteilt und „Antrag auf Legalisierung“ gestellt. Die Anerkennung, so begehrt die Genossen, „soll vom Organ des Zentralkomitees der SED ‚Neues Deutschland‘ und anderen Massenmedien der DDR bekanntgegeben werden“.

In einer „Pressemitteilung“ forderten die Dresdner Kommunisten zugleich die „Freilassung der etwa 1000 inhaftierten politischen Gefangenen“ sowie den sofortigen Verzicht auf „Repressionen gegen Menschenrechtler, Ausreisewillige, Schriftsteller, Künstler und andere der SED mißliebige Personen“.

„Im Falle einer Nichtlegalisierung“ ihrer Organisation, so die Opponenten weiter, sollten „alle ehrlichen SED-

häuser und Arbeitslager, anstatt leerzustehen, gut gefüllt sind, ähnlich den nazifaschistischen Konzentrationslagern und dem sowjetischen „Archipel Gulag“, den franco-spanischen Kerkern und nicht zuletzt den Verliesen und KZ-Höhlen des Chilenen Pinochet, mit Tausenden Werktätigen und Bürgern der DDR, die nur das eine „Verbrechen“ begingen, sich auf Schlußakte von Helsinki, UN-Menschenrechtscharta und Verfassung der DDR berufen haben, um die in diesen von Ihnen selbst unterschriebenen Dokumenten verankerten politischen Grundrechte für sich verwirklicht zu sehen, dann ist etwas faul im Staate DDR.“

Und voller Hohn verlangen die Bundeskommunisten schließlich: „Bringen Sie Ihren Geheim- und Spionagedienst auf Trab, damit er Ihnen unser Schreiben vom 11. September 1977, aus welchem Papierkorb Ihres aufgeblähten Staats- und Machtapparates auch immer, heraussuche.“

Kaum ein Sowjetmensch hält noch für möglich, daß es der Honecker-Truppe gelingen könne, den westli-